Stand: 31.08.2025 03:32:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1565

"Energiewende mit den Menschen gestalten IV - Energiearmut messbar machen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1565 vom 08.04.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2746 des WI vom 06.06.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2908 vom 04.07.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.04.2019 **Drucksache 18/1565**

Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Margit Wild SPD**

Energiewende mit den Menschen gestalten IV –
Energiearmut messbar machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den Begriff „Energiearmut“ allgemeingültig zu definieren und damit messbar zu machen, um somit exakt einschätzen zu können, wie viele vor allem private Haushalte von „Energiearmut“ betroffen oder bedroht sind.

Damit einhergehend wird die Staatsregierung weiterhin aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Zuge der Definition und Messung von „Energiearmut“ konkretere und damit noch wirksamere Strategien gegen von „Energiearmut“ betroffene private Haushalte erarbeitet werden, um „Energiearmut“ als neues soziales Problem flächendeckend für die Menschen in diesem Lande abwenden zu können.

Begründung:

Die Kosten für Energie haben für private Haushalte in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung nach oben gemacht. Das Ergebnis sind drohende oder vollzogene Stromsperren. Nicht nur Menschen, die auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) angewiesen sind, können von „Energiearmut“ betroffen sein. Auch für Menschen, die von einem geringen Einkommen leben und sich dadurch geringfügig oberhalb der definierten Armutsgrenze befinden, wird das Begleichen der Energiekosten immer mehr zum Problem. Oftmals endet dies beispielsweise damit, dass im Winter in diesen privaten Haushalten wenig oder gar nicht geheizt wird oder auch mit Licht gespart wird. Somit fallen diese Menschen, die eigentlich unsere Unterstützung bräuchten, durch das soziale Raster. Daher ist eine messbare Definition des Begriffs „Energiearmut“ mehr als überfällig, in einem Land, das stets Wert auf Normung und exakte Begrifflichkeiten legt.

Die Europäische Union hat das Problem der „Energiearmut“ erkannt und in der Richtlinie über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz vom 11.12.2018 unter anderem in Artikel 3 benannt. Darin heißt es wie folgt: *„Für ihre integrierten nationalen Energie- und Klimapläne müssen die Mitgliedstaaten einschätzen, wie viele Haushalte von Energiearmut betroffen sind, und dabei den Energiedienstleistungen für einen Haushalt, die zur Wahrung des im jeweiligen nationalen Zusammenhang grundlegenden Lebensstandards erforderlich sind, den sozialpolitischen Maßnahmen und anderen einschlägigen Politikbereichen sowie den Orientierungshilfen der Kommission zu relevanten Indikatoren zu Energiearmut Rechnung tragen. Gelangt ein Mitgliedstaat (…) auf der Grundlage seiner Bewertung überprüfbarer Daten zu der Erkenntnis, dass in seinem Hoheitsgebiet eine erhebliche Anzahl von Haushalten von Energiearmut betroffen ist, so nimmt er ein nationales Richtziel für die Verringerung der Energiearmut in seinen Plan auf. Die betroffenen Mitgliedstaaten beschreiben in ihren*

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

integrierten Energie- und Klimaplänen die Politiken und Maßnahmen gegen Energiearmut, soweit einschlägig, einschließlich sozialpolitischer Maßnahmen und anderer nationaler Programme."

Zusätzlich dazu hat die Europäische Union im Rahmen der „Gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt" Ende März 2019 das Thema „Energiearmut" weiterhin vertieft. So ist im vorläufigen Text unter Artikel 29 das Thema „Energiearmut" explizit benannt. Hier heißt weiterhin: *„Bei der Einschätzung (…), wie viele Haushalte von Energiearmut betroffen sind, definieren die Mitgliedstaaten eine Reihe von Kriterien und veröffentlichen diese Kriterien, zu denen auch ein niedriges Einkommen, ein hoher Anteil der Energieausgaben am verfügbaren Einkommen und schlechte Energieeffizienz zählen können. Die Kommission stellt in diesem Zusammenhang und im Zusammenhang mit Artikel 5 Absatz 5 (Anmerkung: gemeint ist hier: Gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt) Leitlinien zur Definition des Begriffs „erhebliche Anzahl von Energiearmut betroffenen Haushalten" bereit und geht dabei davon aus, dass jeder Anteil der Haushalte, die von Energiearmut betroffen sind, als bedeutend angesehen werden kann."*

In Bezug auf die von der Europäischen Union geforderten Entwürfe im Rahmen der Richtlinie über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz vom 11.12.2018 war im integrierten nationalen Energie- und Klimaplan der Bundesregierung zwar zu lesen, dass es so wörtlich: *„Für Deutschland ist wichtig, dass Energie auch im Zuge der Energiewende bezahlbar bleibt. Deswegen zielt die Bundesregierung darauf ab, die Bezahlbarkeit für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen."* Die Bundesregierung aber verwendet den Begriff „Energiearmut" nicht als eigenständigen Begriff und sieht daher „zur Armutsbekämpfung im Sozialrecht einen umfassenden Ansatz, der sich nicht auf einzelne Bedarfselemente – wie Energie – konzentriert".

Dieser Ansatz auf Bundesebene ist nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion zu wenig und zu kurz gegriffen. Es bedarf hier weitaus mehr Anstrengungen, die Menschen vor Armut durch Energie zu bewahren, um nicht in eine abwärtstreibende Kostenspirale zu gelangen. Die Menschen dürfen in Sachen „Energiekosten" nicht auf der Strecke gelassen werden. Es braucht einen geeigneten Ansatz auf Bundesebene, wie das Thema „Energiearmut" definiert wird, gemessen wird und anschließend ganzheitlich angegangen werden kann. Die Vorschläge der Europäischen Union bieten hier eine gute Ausgangslage, die auf Bundesebene genutzt und ausgeschöpft werden sollten. Nur so kann eine weitere soziale Spaltung der Gesellschaft verhindert werden und weiterhin die Akzeptanz für eine erfolgreiche Energiewende beibehalten werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.06.2019 **Drucksache** 18/**2746**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Drs. 18/**1565**

Energiewende mit den Menschen gestalten IV - Energiearmut messbar machen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Annette Karl**
Mitberichterstatter: **Klaus Holetschek**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 9. Mai 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: kein Votum
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 12. Sitzung am 6. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Enthaltung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 04.07.2019 **Drucksache** 18/**2908**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Margit Wild SPD**
Drs. 18/**1565**, 18/**2746**

Energiewende mit den Menschen gestalten IV –
Energiearmut messbar machen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 21 der Anlage. Das ist der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen" auf Drucksache 18/1642, der auf Antrag der AfD-Fraktion einzeln behandelt werden soll. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt nach der Behandlung der Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gesamte Antragsliste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit ist die Liste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25 so beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Mai 2019 (Vf. 74-III-18) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.18-0018
Drs. 18/2721 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag und der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung sind unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 5. Juni 2019 (Vf. 46-III-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.19-0008
Drs. 18/2722 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag ist unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 5. Juni 2019 (Vf. 56-III-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.19-0009
Drs. 18/2723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag ist unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Juni 2019 (Vf. 53-III-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.19-0010
Drs. 18/2724 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag ist unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Juni 2019 (Vf. 57-VIII-19) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2018
PII-G1310.19-0011
Drs. 18/2725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Antrag ist unbegründet.
II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Horst Arnold u.a. SPD
Umsetzung der Eckpunkte der Kulturministerkonferenz zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten
Drs. 18/1080, 18/2505 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Diana Stachowitz, Markus Rinderspacher u.a. SPD
Fortführung des Programms zum verstärkten Ausbau von Tiefengeothermie-Wärmenetzen
Drs. 18/1492, 18/2748 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen I:
Mehr Handlungsspielraum für die Kommunen bei der Innenentwicklung
Drs. 18/1513, 18/2509 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen II:
Flächenfraß durch steuerliche Anreize reduzieren
Drs. 18/1514, 18/2510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	A

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen III:
Ausfransen von Ortsrändern verhindern
Drs. 18/1515, 18/2733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	A

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betonflut eindämmen IV:
Flächenstatistik reformieren
Drs. 18/1516, 18/2511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	A

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Erwerb von Belegungsrechten ermöglichen
Drs. 18/1527, 18/2512 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Stabilisierungshilfen für Landkreise
Drs. 18/1529, 18/2584 (E) [X]

Auf Antrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kostenexplosionen verhindern – effektives Projektcontrolling im staatlichen Hochbau gewährleisten
Drs. 18/1539, 18/2513 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten I – Landesagentur für Energie und Klimaschutz
Drs. 18/1562, 18/2743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten II – Förderung und Gründung von Energieagenturen in Bayern
Drs. 18/1563, 18/2744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten III – Schulung von Energieberaterinnen und Energieberatern praxisnah gestalten
Drs. 18/1564, 18/2745 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten IV – Energiearmut messbar machen
Drs. 18/1565, 18/2746 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten V – Förderprogramme alltags- und praxistauglich gestalten
Drs. 18/1566, 18/2747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Afghanistan ist nicht sicher!
Drs. 18/1600, 18/2660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen
Drs. 18/1642, 18/2317 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes – Ansatz für Kinderbetreuung überprüfen!
Drs. 18/1644, 18/2756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Klimaschutz vernünftig und zielorientiert umsetzen
Drs. 18/1647, 18/2741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Martin Schöffel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Förderung nach RZWas 2018
Drs. 18/1794, 18/2742 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Sandro Kirchner, Jürgen Baumgärtner, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mobilität der Zukunft: Technologieführerschaft und -offenheit erhalten
Drs. 18/1817, 18/2749 (ENTH)

über diesen Antrag wird gesondert abgestimmt

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Unterstützung der geforderten Masern-Impfpflicht
Drs. 18/1852, 18/2730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	Z

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität und Vernunft fördern, Impfquoten nachhaltig steigern
Drs. 18/1877, 18/2731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	A

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD)
Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern sicherstellen!
Drs. 18/1851, 18/2740 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

29. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren
Drs. 18/2033, 18/2739 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	A	Z

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Gemeinsamer Kampf gegen den Krebs in Europa
Drs. 18/1859, 18/2732 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Bauen ist der beste Mieterschutz – ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket
Drs. 18/1858, 18/2754 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	A	Z

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik
Drs. 18/1850, 18/2755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa der Regionen!
Drs. 18/1855, 18/2758 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa mit klarer Verantwortung – Sozialpolitik bleibt Sache der Mitgliedstaaten
Drs. 18/1876, 18/2757 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z